

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Juli 2022 ist die Verwaltung und sind die Katastrophenschutzorganisationen in der Stadt Frankenthal mit möglichen Szenarien für den Fall einer Energiekrise bzw. einer Gasmangellage befasst. Dazu wurden zwei Krisenstäbe eingesetzt.

Am 11.07.2022 fand die erste Sitzung des städtischen Krisenstabes „Energienotfall“ statt. Weitere Sitzungen folgten und folgen jeweils wöchentlich montags. Unter Leitung von Oberbürgermeister Hebich, Bürgermeister Knöppel oder Beigeordneten Leidig befassten sich verschiedene Bereiche, städtische Institutionen und Einrichtungen, wie die Feuerwehr, die Stadtklinik, die Stadtwerke, das CFF, der EWF mit der Situation.

Dieser Krisenstab „Energienotfall“ hat sich auch mit Maßnahmen der Energieeinsparung auseinandergesetzt.

Aber auch die Sicherstellung des Betriebes der Stadtklinik, der Stadtwerke und der Verwaltung war in Sitzungen Gesprächsgegenstand. Themen wie Anmietung und Kauf von Notstromaggregaten, Sicherstellung der Diesel- und Heizölversorgung, Aufstellung von Alarm- und Einsatzplänen wurden auch regelmäßig erörtert.

Der Krisenstab „Hilfsorganisationen“ kam am 04.08.2022 erstmals zusammen. Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, die Feuerwehr, die Johanniter-Unfallhilfe, der Malteser-Hilfsdienst, das Technische Hilfswerk und die Untere Katastrophenschutzbehörde eruierten und eruierten die notwendigen Maßnahmen aus fachlicher Sicht des Katastrophenschutzes.

So wurden u. a. die kritischen Infrastrukturen in Frankenthal (Pfalz) ermittelt, deren Aufrechterhaltung und der Schutz als unabdingbar angesehen wurde.

Die Schwierigkeit besteht darin, dass vom Worstcase aus zu planen ist, doch mit jedem Tag eine Änderung der Anforderungen erfolgen kann. So auch aktuell.

Im Sommer machte noch der Ausfall der Gasversorgung ab Dezember 2022 die Runde. Es wurde mit der Alarmstufe die zweite Hauptkrisenstufe ausgerufen, mit der einige Handlungen und Maßnahmen abzuwickeln waren. Mittlerweile sind die Gasspeicher zu 100% gefüllt und ein Notstand wird erst ab Ende Februar 2023 als realistisch, wenn überhaupt eintretend, befürchtet.

Auch Stand der Komplettblackout in ganz Deutschland für Wochen im Raum. Tatsache ist, dass man sich zwar auf einen Stromausfall von einer Woche bis zu zwei Wochen vorbereiten kann, aber nicht länger oder sogar auf Monate. Wie komplex und fragil die Situation immer noch ist, zeigt sich an gegensätzlichen Aussagen. Während die Bundesnetzagentur Mitte November 2022 einen Blackout, also einen langanhaltenden und großflächigen Stromausfall als äußerst unwahrscheinlich bewertet hat, ging das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe von lokalen längerfristigen Stromausfällen aus. Mittlerweile gehen die Experten von lokalen Stromausfällen aus, die eventuell bis zu einer Woche dauern könnten.

Eine Kommune kann sich kaum darauf einstellen und Maßnahmen erarbeiten, wenn keine belastbaren Vorhersagen existieren. Es ist unter dieser Prämisse davon auszugehen, dass es einige Maßnahmen ergriffen werden, die später nicht benötigt

werden. Gleichzeitig nichts zu tun, wäre sträflich.

Es wurde versucht unter einer Abwägung die notwendigen und sinnvollen Maßnahmen in den Krisenstäben zu erarbeiten.

Folgende Festlegungen und Maßnahmen wurden getroffen:

1.) Als kritische Infrastruktur werden die Einrichtungen Stadtwerke, Stadtklinik, Rathaus am Rathausplatz, Hauptfeuerwache der Feuerwehr, Katastrophenschutz-Zentrum an der Mörscher Straße und der Eigen- und Wirtschaftsbetrieb Frankenthal in der Ackerstraße angesehen.

Einige kritische Einrichtungen verfügen bereits über eine Notstromversorgung:

Stadtwerke,
Stadtklinik,
Hauptfeuerwache der Feuerwehr,
EWF in der Ackerstraße

Für die Notstromversorgung des Rathauses wurde bereits vor der Energiekrise die Beschaffung eines Aggregates angestoßen. Bis das Gerät funktionsfähig ist, wurde mit den Stadtwerken Kontakt wegen der beiden Notstromaggregate in der Tiefgarage aufgenommen. Die Zuleitung von den Aggregaten zur Einspeisung des Rathauses wurde hergestellt. Die Kosten dafür sind veranschlagt auf ca. 45.000

Am 09.12.2022 fand ein Test statt, wie die Serverlandschaft, die Telefonanlage und die PCs auf eine Fremdversorgung über längere Zeit reagieren. Bei diesem Test wurde festgestellt, dass die Notstromversorgung des Rathauses gewährleistet ist. Es sollen beide in der Tiefgarage vorhandenen Aggregate lauffähig gehalten werden, da damit eine Redundanz geschaffen wird. Die Umschaltung erfolgte noch händisch. Bis Sommer 2023 soll ggf. eine automatische Umschaltung realisiert werden.

Im Januar 2023 wird die Situation noch einmal geprüft werden und auch abschließend geprüft werden, ob die Anschaffung des Notstromaggregates im Rathauskeller noch notwendig ist. Die Ausschreibung dafür ist vorbereitet, jedoch noch nicht veröffentlicht.

Es war bereits früh klar, dass das KatS-Zentrum in der Mörscher Straße ein neuralgischer Punkt sein wird. Dort sind verschiedene Schnell-Einsatzgruppen (SEG) beheimatet. Bei Bedarf sollte es möglich sein, zwischen 300 und 400 Helfer dort unterzubringen.

Die Ausstattung mit einem Duschcontainer, der Kauf von Industriewaschmaschinen, wie die Sicherstellung der Notstromversorgung über ein Aggregat, das angemietet wurde bis zum 31.03.2023, wurde fixiert. Es wurde je ein Aggregat zur Abdeckung der Grundlast und ein leistungsfähigeres Aggregat zur Bereitstellung der Verpflegung angemietet. Eine Netzumschaltung wurde montiert. Die Kosten dafür betragen voraussichtlich ca. 89.400 €.

2.) Per Umfrage wurde ermittelt wie hoch der Bedarf an Betriebsstoffen (Diesel, Benzin, Heizöl) für die Versorgung der Notstromaggregate für 72 Stunden (3 Tage) ist.

Diese drei Tage sind mindestens abzudecken. Danach soll die Versorgung über den Bund greifen.

Um den Nachschub an Brennstoff zu sichern, wird das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) die in der Bedarfsdatenbank hinterlegten Brennstoffmengen dem Erdölbevorratungsverband übermitteln und ihn verpflichten, den unteren Katastrophenschutzbehörden die von ihnen gemeldeten, aggregierten Bedarfsmengen zur Abholung bereitzustellen.

Es müssen 72 Stunden überbrückt werden, bevor die angemeldeten Mengen zur Abholung bereitgestellt werden.

Um, nicht vollends von dem BAFA abhängig zu sein, wurde im Krisenstab Energienotfall festgelegt, dass die Bevorratung einen Betrieb von zwei Wochen ermöglichen soll.

Nachdem nun aus Expertensicht von einer Woche Stromausfall ausgegangen wird, sollte die Vorgabe angepasst werden.

	Liter		
	Diesel	Benzin	Heizöl
1 Woche	39.317	10.138	154.467
2 Wochen	78.634	20.276	308.934
1 Monat	176.927	45.621	695.102

Da Heizöl kostengünstiger als Diesel ist, wurde geprüft, ob der Einsatz von Heizöl zulässig ist, was möglich ist.

Die vorgenannten Zahlen an Diesel, Benzin und Heizöl wurden in die Bedarfsdatenbank des Bundes eingetragen.

3.) Bereits jetzt verfügen die kritischen Infrastrukturen über ein hohes Volumen von Betriebsstoffen. Gleichzeitig wurde aber entschieden, nicht den Vorgaben des Bundes zu entsprechen und nur einen Vorrat von 3 Tagen anzulegen, sondern einen Vorrat von mindestens einer Woche.

Diese Menge gilt es unterzubringen. Durch Verhandlungen konnte folgende Lösung erreicht werden:

1. Eine Firma in Frankenthal stellt der Stadtverwaltung einen 120.000-Liter -Tank zur Verfügung.
2. Es wird im Dezember 2022/Januar 2023 durch die Stadtverwaltung ein Vertrag mit der Firma über die Überlassung, die Zutrittssteuerung, die Haftung bei Schäden beim Be- und Entfüllen abgeschlossen.
3. Die Beschaffung der benötigten Menge an Heizöl, die dort eingelagert werden soll, nimmt die Stadtwerke vor und stellt sie städtischen Abnehmern zur Verfügung.

4. Mit einem Heizöllieferanten wird ein Vertrag über die garantierte Bereitstellung von 50.000 l Heizöl abgeschlossen. Die Bereitstellung ist wirtschaftlicher als der Kauf. Der Vertrag soll auch die Anlieferung an die Bedarfsstellen in der Stadt Frankenthal regeln.
5. Für die Sicherstellung der Logistik schließt die Stadtverwaltung einen Vertrag mit einer Heizöl-Firma ab, die sicherzustellen hat, dass die benötigte Menge an Betriebsstoffen aus dem Tank der Firma entnommen und an die betreffende Bedarfsstelle transportiert wird. Im Vertrag sollen auch Vorgaben zur Sicherstellung der Erreichbarkeit enthalten sein. Erste Angebote sind bereits eingeholt und werden nun ausgewertet. Die Firma soll auch damit beauftragt werden, die seitens des BAFA bereit gestellten Mengen abzuholen und an die Bedarfsstellen zu liefern.

Der EWF ist in der Lage, 1.000 Liter Dieselkraftstoff in 200 Liter-Fässern zu transportieren. Für die Feuerwehr werden zwei Transportbehälter für je 450 Liter zum Dieseltransport beschafft. Durch die Beschaffung eines zusätzlichen Kraftstofftanks (25.000 Liter) am Wasserwerk der Stadtwerke gibt es ein mehr an Versorgungssicherheit. Die Tankanlage des EWF fasst 50.000 Liter Diesel. Aktuell wird versucht, immer eine Befüllung von mindestens 80 % zu halten.

4.) Ende Sommer 2022 musste noch von einem Ausfall der Gas- und Stromversorgung ausgegangen werden. Aus Erkenntnissen der Vergangenheit ist bekannt, dass längerfristige Ausfälle von drei bis vier Wochen es die Bevölkerung zu beleuchteten Gebäuden hinzieht und dort vehement Einlass begehrt wird. Für die Aufrechterhaltung des Betriebes der kritischen Infrastruktur ist solch eine Entwicklung nicht förderlich.

Im Krisenstab „Hilfsorganisationen“ wurde deshalb zunächst die Entscheidung getroffen, die Gebäude der kritischen Infrastruktur mit einem Zaun zu umzäunen und das Gebäude bewachen zu lassen.

Durch die neuesten Vorhersagen der Experten, dass der Stromausfall wahrscheinlich nur eine Woche andauern wird, soll nur noch die Absperrung mit Bauzäunen vorbereitet werden. Einzig das freistehende Notstromaggregat im KatS-Zentrum soll bereits geschützt werden.

Auf die angedachte Bewachung soll verzichtet werden. Dadurch kann eine Millionensumme eingespart werden.

5.) Wie bereits dargelegt wird das KatS-Zentrum in der Mörscher Straße als wichtig für die Katastrophendarbeit angesehen. Hochgerechnet wurde im Sommer mit einem Personalbedarf von 300 bis 400 Personen gerechnet, die 24/7 zur Verfügung stehen und im Schichtbetrieb helfen.

Diese Helfer müssen dann auch schlafen können. Deshalb wurde hierfür und für den Katastrophenfall, da keine Feldbetten mehr vorhanden waren, 500 Feldbetten aus dem Budget beschafft, die auch eventuell für die Flüchtlingskrise eingesetzt werden können. Hier rechnen wir mit Kosten in einer Größenordnung von 89.750 €. Beim Essen soll Wert daraufgelegt werden, dass es lange haltbar ist. Dies hat nämlich den Vorteil, dass es, wenn es aktuell doch nicht benötigt wird, nach und nach z. B. bei größeren Einsätzen aufgebraucht werden kann. Daneben wurden Gasflaschen zum Zubereiten des Essens bestellt.

6.) Im Ahrtal hat sich schnell gezeigt, dass mit dem Ausfall der Netzknoten auch die Handykommunikation ausfällt. Selbst die verschiedenen Funkkanäle der Behörde für Ordnung und Sicherheitsaufgaben (BOS) sind bei einem Stromausfall störungsanfällig.

Letztendlich hat die Satellitentelefonie noch funktioniert. Bevor der Markt leergekauft war, hat die Verwaltung zehn Satellitentelefone über die Feuerwehr beschafft. Diese sollen zu Kommunikation zwischen den Einheiten und eventuell zu den Notfallansprechpunkten dienen. Diese Kosten sind mit zurzeit 11.700 € anzugeben.

Parallel dazu haben die Feuerwehr und die verschiedenen Hilfsorganisationen geprüft, wie die Ausfallsicherheit der digitalen Funknetze gestärkt werden kann und sind dann auch tätig geworden. So wurde auch die alte Analogtechnik reaktiviert.

7.) Die Einrichtung der kritischen Infrastruktur habe ich vorstehend benannt. Die nachfolgenden Einrichtungen sind nicht kritischer Natur, sollen aber bei einer Katastrophenlage eingesetzt werden oder sind von einer Katastrophenlage betroffen.

Das CFF könnte bei einem Fall der Fälle als Wärmeort dienen, da es über eine Notstromanlage verfügt.

Mit allen Alten- und Pflegeheimen wurde Kontakt aufgenommen, um zu klären, wie diese auf einen Gas- bzw. Stromausfall vorbereitet sind. Die Zubereitung von Essen, das Warmhalten der Bewohner und die Sicherstellung der automatischen Beatmung bei entsprechenden Bewohnern waren u. a. Gesprächsgegenstand. Es wurde in den Gesprächen mehrmals betont, dass der oder die Träger der Heime im Rahmen der Selbstvorsorge sich auf mögliche Szenarien einzustellen haben. Die Träger sollen nochmals schriftlich auf ihre Pflicht hingewiesen werden.

Da die Apotheken bei Stromausfall nicht mehr an ihre Bestände kommen, soll im Gebäude der JUH in der Schmiedgasse eine Notfallapotheke aufgebaut werden. Auch das Krankenhaus lagert vermehrt die gängigen Arzneien ein, die von ihm im Falle eines Energieausfalls ausgegeben werden können. Ziel ist es damit, einen Betrieb des Krankenhauses aufrechtzuerhalten und es nicht durch die Nachfrage nach Medikamenten dabei zu beeinträchtigen.

Ein Ausfall der Gasversorgung oder ein Stromausfall bedeutet leider nicht, dass Menschen nicht sterben können. Es ist vielleicht sogar mit mehr Sterbefällen zu rechnen. Dies bedeutet, die Kühlanlage Zentralfriedhof muss auch bei einem Stromausfall funktionieren.

8.) Im Krisenstab „Hilfsorganisationen“ wurde festgelegt, bei Bedarf in den Vororten und an vier Stellen im Stadtgebiet sogenannte Notfallanlaufstellen zur Kommunikation mit der Bevölkerung einzurichten. Diese werden von der Feuerwehr und den Katastrophenschutzorganisationen betreut. Vorgesehen sind folgende Standorte mit einem Einzugsbereich von ca. 2 km: Hauptfeuerwache der Feuerwehr, Stützpunkt Mörsch der Feuerwehr in der Deichstraße, Rathausplatz, Parkplatz KSB am Westring, Jakobsplatz, Einmündung Beindersheimer Straße/Gottlieb-Daimler-Straße, Stützpunkt West in Eppstein in der Dürkheimer Straße und Stützpunkt Süd in der Frankenthaler Straße 4 in Studernheim.

Diese sollen mit Kleinstromerzeugern und Funktechnik ausgestattet werden. Die Bevölkerung hätte darüber die Möglichkeit z. B. den Rettungsdienst zu rufen.

9.) Die Notapotheke im Gebäude der Johanniter Unfallhilfe in der Schmiedgasse soll nicht rund um die Uhr geöffnet haben, sondern nur zu bestimmten Zeiten. Es sollen auch nur die üblichen Standardarzneien sowie Standardsanitätsmittel bevorratet werden.

10.) Von den 18 Notbrunnen im Versorgungsgebiet der Stadtwerke liegen 9 Brunnen auf Frankenthaler Gemarkung. Die Stadtwerke sind gesetzlich nur verpflichtet, das Wasser zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich der Verteilung haben die Stadtwerke keinen Auftrag. Zum Betrieb der Trinkwassernotbrunnen im Stadtgebiet sind derzeit 1,4 Mio. im Bundeseigentum stehende Trinkwasserdesinfektionstabletten bei den Stadtwerken eingelagert.

Im Sommer war noch von einer Nutzung der Notbrunnen auszugehen. Dies wird nun aller Voraussicht nicht mehr notwendig sein. Trotzdem wird die Verwaltung mit den Stadtwerken Kontakt aufnehmen, um die Verteilung des Wassers zu organisieren.

Die Hebewerke des EWF, die für eine funktionierende Abwasserfortleitung benötigt werden, verfügen über eine Notstromanlage. Kleinere Notstromanlage sollen einen etwaigen Ausfall der stationären Anlagen kompensieren

11.) Im Krisenstab „Hilfsorganisationen“ wurde bewertet, ob es sinnvoll ist, mehrere Wärmeorte im Stadtgebiet zu etablieren. Gebäude wurden ausgesucht, bewertet und verworfen. Es wurde mit Kirchen und Moscheen Kontakt aufgenommen, ob dort die Möglichkeit besteht, dass Menschen sich aufwärmen können. Diese haben teilweise grundsätzliche Bereitschaft signalisiert bzw. es werden noch Gespräche geführt.

Als Beispiel aus anderer Kommune soll nun geprüft werden, ob Busse als mobile Wärmeorte eingesetzt werden sollen.

12.) Die Stadtverwaltung fragt zurzeit die einzelnen Bereiche ab, welche Dienstleistungen im Falle einer Energienotlage noch den Bürgerinnen und Bürgern angeboten werden können und wie diese Dienstleistungen erbracht werden können.

13.) Die Stadtverwaltung erstellt zurzeit eine Notfall-Broschüre mit Tipps zur Vorsorge und Selbsthilfe. Sie beinhaltet Informationen zum Verhalten in Notfallsituationen wie Stromausfall, Feuer, Unwetter, Hochwasser, Wärme- und Gasmangellage, Trinkwasserverunreinigung und Gefahrstoff-Freisetzung. Diese Broschüre steht online auf der Homepage der Stadt Frankenthal zur Verfügung und wird zurzeit gelayoutet, sodass sie im Januar 2023 an alle Haushalte in Frankenthal verteilt werden kann. Wir wollen damit die Bürgerinnen und Bürger umfangreich informieren.

Sowohl im Krisenstab „Energienotfall“ als auch im Krisenstab „Hilfsorganisationen“ wurde eine Vielzahl von Maßnahmen besprochen, bewertet, verworfen oder befürwortet. Viele Schritte wurden dann in der Verwaltung weiter geprüft und abgewickelt.

Bedanken möchte ich mich schon jetzt bei allen Mitwirkenden, die diese Aufgabe noch

zusätzlich zu ihrer großen Arbeitsbelastung bewältigt haben.

Ein besonderer Dank geht dabei an die Feuerwehr Frankenthal, die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, den Malteser Hilfsdienst, die Johanniter Unfallhilfe und das THW, die sich alle in besonderem Maße bei diesem Vorhaben ehrenamtlich engagiert haben und nach wie vor tun.

Es zeigt sich, dass wir gemeinsam viel erreichen können und die Aufgaben auch bewältigen können.